



Protokoll

40. Sitzung des Gemeinderates
Montag, 10. Februar 2014, 19.00 Uhr,
Gemeinderatssaal, Stadthaus

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Bericht der Sekundarstufe zum Postulat 548 von Marianne Siegrist betreffend
«Schaffung eines professionellen Bauprojektmanagements an der Sekundarstufe Uster»
- 4 Bericht und Antrag des Stadtrates betreffend Motion 571 von Ivo Koller, Lucia Thaler,
Seyhan Kähya, Ursula Räuftlin, Walter Meier und Wolfgang Harder betreffend
«Einführung Jugendmotion»
- 5 Bericht und Antrag des Stadtrates auf das Postulat 567 von Julia Amherd betreffend
«Anstellung pflegender Angehörige gegen Lohn»
- 6 Bericht und Antrag des Stadtrates auf das Postulat 573 von Jürg Gösken und Ursula Räuftlin
betreffend «Unterhalt und öffentliche Nutzung von Spielplätzen»
- 7 Bericht und Antrag des Stadtrates auf das Postulat 547 von Balthasar Thalmann, Jean-
François Rossier, Cla Famos, Ursula Räuftlin und Markus Bürki betreffend
«Vorgehensplan für die Zentrumsentwicklung»
- 8 Motion 590 von Marius Weder betreffend «Die Eigentümerstrategie der Energie Uster AG ist
dem Gemeinderat vorzulegen»

- 9 Motion 591 von Marius Weder betreffend «100 % der Aktien der Energie Uster AG im Eigentum der Stadt Uster»

- 10 Motion 592 von Cla Famos und Hans Keel betreffend «Sinnvolle Parkierungsordnung für Uster»

Präsenz

Vorsitz	Gabriela Seiler, Präsidentin
Protokoll	Catherine Wenzel, Parlamentssekretärin
Anwesend	34 Ratsmitglieder (inkl. Präsidentin)
Stadtrat	Martin Bornhauser, Stadtpräsident Werner Egli, Abteilungsvorsteher Finanzen Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau Sabine Wettstein-Studer, Abteilungsvorsteherin Bildung Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales Hans Streit, Abteilungsvorsteher Sicherheit Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber
Entschuldigt	Marco Järmann Peter Wüthrich
Verspätet:	Lucia Thaler
Presse	Eduard Gautschi, ZO

Die Präsidentin begrüsst alle Anwesenden.

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin.

Änderung Traktandenliste/Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

Fraktionserklärung:

Markus Wanner

Grundstückverkauf Entwicklungsareal Müllholz III

Der Stadtrat hat am 5. Februar 2014 den Grundstücksverkauf Müllholz III mittels Bieterverfahren publiziert.

In der Ausschreibung heisst es, dass der Gestaltungsplan eine vielfältige Nutzung vorsieht mit Büro, Gewerbe, eingeschränktem Verkauf und Wohnen. Und mit weiteren Auflagen zum Gestaltungsplan soll der Verkauf in geordnete Bahnen geleitet werden. Mit geordneten Bahnen soll vermutlich ein weiteres Volksnein, wie das im 2008 passierte, verhindert werden. Ein Beurteilungsgremium entscheidet anhand von Kriterien, welche Investoren die städtischen Bedingungen am besten erfüllen. Es wird eine sozio-ökonomische Arealentwicklung angestrebt. Soweit so gut.

Blenden wir 6 Jahre zurück. 62 % waren gegen den Verkauf des Grundstücks Müllholz III, hauptsächlich weil man nicht wollte, dass in diesem Gebiet ein Einkaufszentrum für den täglichen Bedarf entsteht.

Die SP-Haltung dazu ist klar: Wir sind auch dafür, dass das Gebiet Müllholz III entwickelt werden soll, aber nicht um jeden Preis. Es handelt sich um eine der letzten Ustermer Reserven, da müssen wir besonders vorsichtig sein. 3 Punkte sind uns wichtig: Thema Grundstückverkauf, Thema Stadtentwicklung und Thema Nutzung.

Zum Thema Grundstückverkauf

In den Leistungsaufträgen 2014-2017 steht im Geschäftsfeld Liegenschaften, dass man mit Grundstückhandel die aktuelle und zukünftige Nachfrage an Landreserven und Liegenschaften decken will, um die Stadtentwicklung zu gewährleisten. Die Stadt Uster sollte mit ihren Immobilien sorgsam umgehen und Grundstücke nur dann verkaufen, wenn es für Uster langfristig einen Vorteil bringt. Wir wollen also nicht einfach einen Verkauf eines Grundstücks, damit kurzfristig ein Buchgewinn die Rechnung aufbessert. Viel nachhaltiger wäre entweder ein strategischer Tausch von Grundstücken oder eine Abgabe im Baurecht.

Zum Thema Stadtentwicklung

Uster soll im Zentrum gestärkt und entwickelt werden. Ein Einkaufszentrum an der Peripherie ist, wie die Abstimmung vor 6 Jahren zeigte, nicht erwünscht. Die Kaufkraft für Güter des täglichen Bedarfs soll in einem attraktiven, fussgängerfreundlichen Stadtzentrum umgesetzt werden. Damit würden wir das lokale Gewerbe unterstützen, die Kaufkraft bleibt in Uster und wandert nicht in die grossen Einkaufszentren an den Peripherien anderer Städte ab. Die Entwicklung des Zentrums ist mit dem Gerichtsplatz und dem Zeughausareal richtig aufgegleist. Ein weiteres Zentrum an der Peripherie verträgt Uster nicht.

Zum Thema Nutzung

Wir wollen möglichst viele Gewerberäume für das Ustermer Gewerbe. Vor allem das produzierende Gewerbe findet heute keine bezahlbare Grundstücke oder Liegenschaften in Uster. Die jetzige Entwicklung des Lenzlinger-Areals macht ja bekanntlich das Ganze auch nicht einfacher. Für einen Investor bringt aber das produzierende Gewerbe die kleinste Rendite. Er möchte viel lieber Gebäude für das stille Gewerbe, für ein Einkaufszentrum oder für Wohnungen bauen. Ein Einkaufszentrum soll aber gemäss Gestaltungsplan nicht möglich sein im Müllholz III. Da sind wir uns nicht so sicher. Gemäss Gestaltungsplan sind nur Flächen über 2'000 m² für Güter des täglichen Bedarfs eingeschränkt. Für alle anderen Verkaufsflächen gibt es keine Einschränkungen. Wenn wir aber z.B. die Verkaufsflächen von Migros West oder den Coop beim Bahnhof anschauen, könnten diese Geschäfte ihre Verkaufsflächen sogar noch vergrössern und würden trotzdem die Bedingungen im Müllholz III erfüllen. Damit Räume für das produzierende Gewerbe entstehen

können, braucht es lenkende Massnahmen.

Wir hätten da noch eine Idee, wie wir das lokale, produzierende Gewerbe in Uster unterstützen könnten. Wir setzen uns nicht nur für den gemeinnützigen Wohnungsbau ein. Es gibt auch den gemeinnützigen Gewerbebau. Und unter gemeinnützig verstehen wir, dass Grundstücke nicht gewinnorientiert überbaut werden und daher bezahlbar bleiben. Gemeinnützig heisst also nicht, dass die Stadt Geld ausgibt, sondern sie setzt nur die Grundlagen und den Rahmen für den gemeinnützigen Gewerbebau. Das wäre doch eine tolle Sache. Stellen Sie sich vor: Das Ustermer Gewerbe tut sich zusammen und realisiert ein gemeinnütziges Gewerbezentrum im Müliholz III. Eine Utopie? Nein, überhaupt nicht. In Altstetten wurde der gemeinnützige Gewerbebau umgesetzt: In diesem Gebäude fanden 18 Gewerbebetriebe mit 234 Mitarbeitenden auf einer Fläche von 12'000 m² bezahlbare Gewerberäume. Müliholz III ist doppelt so gross, das würde knapp 500 Arbeitsplätze bedeuten. Wir haben bereits einen Vorschlag für die Statuten und den Zweck der Genossenschaft: „Die Genossenschaft Müliholz III ist eine Vereinigung, vornehmlich aus Gewerbetreibenden von Uster, zum Zweck, ihren Mitgliedern günstige Werkplätze, gesunde Arbeits- und Lagerräume zu vorteilhaften Preisen zu beschaffen“.

Wir von der SP sind gespannt, was für ein Kaufvertrag der Stadtrat dem Gemeinderat unterbreiten wird. Unsere Positionen sind klar.

Lucia Thaler ist eingetroffen.

1 Mitteilungen

Die Vorsitzende verweist auf die Aktenauflage. Sie bittet die Anwesenden, allfällige persönlich adressierte Post abzuholen, die in der Aktenauflage deponiert ist.

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 39. Sitzung des Gemeinderates vom 20. Januar 2014 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Abs. 4 i.V.m. Art. 67 Abs. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

3 Bericht der Sekundarstufe Uster zum Postulat 548 von Marianne Siegrist betreffend «Schaffung eines professionellen Bauprojektmanagements an der Sekundarstufe Uster»

Im Ausstand bei der Abstimmung Rolf Denzler als Näniker.

Sekundarschulpräsident Thomas Pedrazzoli ergreift das Wort. Er ergänzt mündlich den (fehlenden) Antrag. Er ersucht den Gemeinderat, das Postulat als erledigt zu betrachten.

Die Postulantin **Marianne Siegrist** referiert.

*Sehr geehrte Präsidentin
Geschätzte Anwesende*

Es freut mich, dass mein Vorschlag zur Schaffung eines Handbuchs für das Bauprojektmanagement bei der Sekundarschule auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Dieses Handbuch demjenigen der Stadt Uster anzugleichen ist sicher sinnvoll, das Rad muss ja nicht von neuem erfunden werden. Mit der Schaffung eines Handbuchs werden die Abläufe eines Bauprojekts standardisiert und die Verantwortlichkeiten werden klar geregelt.

Es ist mir ein Anliegen, wie schon im Postulat beschrieben, dass das Fuder nicht überladen wird. Der Umfang des Handbuchs soll das viel kleinere Bauvolumen einer Sekundarschule berücksichtigen, so dass sich die Kosten des Handbuchs in einem vernünftigen Rahmen bewegen. Enttäuscht bin ich über den vorgeschlagenen Zeitplan. Dieser scheint mir sehr grosszügig bemessen. Ich hoffe, dass etwas mehr Tempo aufgesetzt wird, umso mehr, als geplant ist, eine externe Fachperson beizuziehen.

Unsere Fraktion wird die Postulatsantwort unterstützen, bzw. das Postulat abschreiben.

Marianne Siegrist

Wermatswil, 20. Januar 2014

Walter Meier

*Sehr geehrte Präsidentin
Sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen*

Das Fazit bei der Überweisung des Postulats war für unsere Fraktion:

Bei der SSU stehen allerdings keine grossen Projekte an: die vier Schulhäuser (inkl. BWS) sind gebaut und die meisten saniert, die Sanierung Weidli ist am Laufen, die Turnhalle an der Freienstrasse ist erstellt und zu bauen gibt es in den nächsten Jahren noch ein bescheidenes zweites Schulhaus auf dem Weidli-Areal. Dieser Bau wird wohl kaum als komplex eingestuft werden. Es besteht also der Verdacht, dass das Handbuch bei der SSU im nächsten Jahrzehnt gar nie aus der Schublade gezogen werden muss.

Aus der Antwort der SSU mit dem Terminplan, welcher davon ausgeht, dass das Projekthandbuch in rund 1 ½ Jahren erstellt ist, wird deutlich, dass die SSU das berechtigte Anliegen der Postulantin

als nicht dringend einstuft. Das entspricht auch unserer Einschätzung. Wir stimmen dem Bericht zu und schreiben das Postulat als erledigt ab.

Walter Meier, GR

Gusti Hofmann

Frau Präsidentin

Geschätzte Anwesende

Wir Grünen begrüßen, dass auch die Sekundarschule mit einem Projekt-Managementhandbuch ihre zukünftigen Bauvorhaben professional auf einem einheitlichen Level abwickeln will. Die Stadt Uster hat bereits ein Projekt-Managementhandbuch erarbeitet nach dem Debakel beim Krämerackerschulhaus. Der Zeithorizont, denn die Sekundarschule sich selber gibt lässt darauf schliessen, dass sie das Rad neu erfinden will. Statt das vorhandene Projekt-Managementhandbuch zu übernehmen, dass auch für die Primarschule verbindlich ist. Das lässt darauf schliessen, dass in der Sekundarschule immer noch genügend Ressourcen vorhanden sind.

Gusti Hofmann, Gemeinderat Grüne

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 32 : 0 Stimmen

den Bericht und Antrag gutzuheissen. Das Postulat ist erledigt.

4 Bericht und Antrag des Stadtrates zur Motion 571 von Ivo Koller, Lucia Thaler, Seyhan Kähya, Ursula Räuftlin, Walter Meier und Wolfgang Harder betreffend Einführung Jugendmotion

Für die Motionäre referiert **Lucia Thaler**.

*Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Geschätzte Anwesende,*

Nicht allen in Uster wohnhaften Personen stehen Instrumente zur Verfügung, um ihre Anliegen in den politischen Prozess einbringen zu können. Eine Bevölkerungsgruppe, die von der politischen Partizipation ausgeschlossen ist, sind Kinder und Jugendliche. Dies soll sich ändern. Aus diesem Grund haben meine Mitunterzeichner und ich vor einem Jahr die fraktionsübergreifende Motion zur Einführung einer Jugendmotion eingereicht, die der Gemeinderat letzten Mai mit einer deutlichen Mehrheit überwiesen hat.

Inzwischen hat der Stadtrat seinen Bericht und Antrag vorgelegt, mit dem wir Motionäre sehr zufrieden sind. Es ist erfreulich, dass der Stadtrat die Notwendigkeit anerkennt, die Jugendlichen an der Politik zu beteiligen. Seine Vorschläge, wie die Jugendmotion bzw. der Jugendvorstoss ausgestaltet werden soll, sind vernünftig: 20 in Uster wohnhafte Jugendliche zwischen 12 und 17 Jahren können ihr Anliegen schriftlich beim Präsidium des Gemeinderates einreichen, das dann von der zuständigen Behörde behandelt werden muss. Begrüssenswert ist die Aufweitung von der Jugendmotion zum Jugendvorstoss, da der Jugendvorstoss für eine breitere Palette von Anliegen verwendet werden kann.

Weil zur Einführung des Jugendvorstosses eine Änderung der Gemeindeordnung nötig ist, wird es zu einer Volksabstimmung kommen. Der damit verbundene Abstimmungskampf ist eine gute Gelegenheit, um die Jugendlichen auf das neue Instrument aufmerksam zu machen und ihr Interesse zu wecken, damit der Jugendvorstoss auch tatsächlich genutzt wird und Uster zu einer kinder- und jugendfreundlichen Stadt wird.

Mit dem vorliegenden Bericht und Antrag kommen wir einen entscheidenden Schritt weiter auf dem Weg zur politischen Beteiligung der Jugendlichen. Das dient nicht nur den Jugendlichen selbst, sondern der Demokratie allgemein. Denn nur wenn möglichst die ganze Bevölkerung ihre Interessen politisch vertreten kann, ist es erreichbar, dass die Gesellschaft im Interesse aller gestaltet wird.

Wir Motionäre bitten Sie daher, dem Antrag des Stadtrates zu folgen und die Motion 571 für erheblich zu erklären.

Lucia Thaler, SP

Stadtpräsident Martin Bornhauser

Frau Präsidentin, sehr geehrte Anwesende.

Am 27. Mai 2013 haben Sie den Stadtrat beauftragt Ihnen zur Motion 571 einen Bericht und Antrag vorzulegen. Dieser Bericht liegt nun vor Ihnen. Sie konnten es lesen: der Stadtrat möchte, so wie das die Motionäre fordern, den Jugendlichen ein Instrument in die Hand geben, damit sie ihre Anliegen direkt und altersgemäss unkompliziert in die Politik einbringen können. Auf einem einfachen und raschen Weg. Das wäre eine mögliche Form der Anteilnahme und Beteiligung der Jugend am politischen Leben, ganz im Sinne des Konzepts der Ustermer Jugendpolitik vom 30. Oktober 2007.

In unserem Bericht skizzieren wir, wie ein solcher Jugendvorstoss aussehen könnte und wir machen einige Aussagen über die Eckwerte eines solchen neuen politischen Instruments. Zum Beispiel die möglichen Gegenstände eines solchen Vorstosses, die Anforderungen an die Unterzeichner und das mögliche Verfahren.

Aber das sind nur Ideen, da ist noch nichts in Stein gemeisselt. Wenn Sie - so wie der Stadtrat - die Idee der Motionäre weiterverfolgen und die Idee konkretisieren möchten - und darum bittet Sie der Stadtrat - dann erklären Sie heute die Motion für «erheblich». Wir haben dann neun Monate Zeit, mit Ihnen nach einem massgeschneiderten Modell für einen Jugendvorstoss zu suchen, den wir Ihnen dann in der Form einer Umsetzungsvorlage zur Diskussion und zum Entscheid vorlegen. Bereits im jetzigen Stadium die Türen zuzuschlagen, hiesse eine Chance zu verpassen.

In diesem Sinne bitte ich Sie, dem Antrag des Stadtrats zu folgen und die Motion für erheblich zu erklären.

8610 Uster, 20. Januar 2014; M. Bornhauser

Thomas Wüthrich

*Sehr geehrte Frau Präsidentin
Geschätzte Anwesende*

Im letzten Jahr erreichten zwei Jungpolitiker aus verschiedenen politischen Lagern nationale Bekanntheit. Gemeinsam war ihnen, dass sie im Luzerner Jugendparlament den Grundstein zu ihrer politischen Arbeit legen konnten. Folglich, ein Jugendparlament wäre schon eine tolle Sache und würde die Partizipation der Jugendlichen in prominenter Art und Weise fördern. Ganz im Sinne der lokalen Agenda 21, die eine Mitsprache und ein Mitbestimmen aller Bevölkerungskreise und -segmente postuliert.

Die Antwort des Stadtrates auf die Motion zeigt nun aber eine gangbare und doch auch noch attraktive Alternative auf. Den „Jugendvorstoss“. Die Grünen teilen die Ansicht des Stadtrates, dass der Begriff Jugendmotion das neue politische Instrument zu stark limitieren würde. Mit dem Begriff „Vorstoss“ ist die volle Flexibilität bei bleibender Verbindlichkeit besser gewährleistet.

Auch das vom Stadtrat vorgeschlagene Prozedere scheint uns Grünen sinnvoll. Entscheidend dabei ist aber, wie ein Jugendvorstoss von den städtischen Organen aufgenommen und behandelt wird. Da ist zuerst das Ratspräsidium oder die GL des Gemeinderates gefordert. Dann die gemeinderätlichen Kommissionen und/oder die städtischen Exekutiven. So sind wohl die involvierten Stellen nicht nur gehalten, ein solches Geschäft speditiv zu behandeln, wie auf Seite 4 der stadträtlichen Antwort festgehalten wird.

Nein, ein solcher Vorstoss muss prioritär, oder in der Sprache meiner Jugendzeit – „Subito“ – behandelt werden. Die Haltung von uns Politikern gegenüber den Jugendlichen ist entscheidend für den Erfolg oder Misserfolg dieses neuen politischen Instruments. Wir Politiker sind dafür verantwortlich dafür, ob der Jugendvorstoss ein Papiertiger bleibt oder nicht!

Ergänzend zum stadträtlichen Vorschlag wie ein neuer Art. 11a aussehen könnte, bemerken wir Grünen folgendes: nach der Änderung der Gemeindeordnung ist unverzüglich eine leicht verständliche Broschüre zuhanden der Schulen und der Jugendarbeit auszuarbeiten. Darin wird detailliert erklärt, wie und wofür die Jugendlichen einen solchen Vorstoss machen können. Ebenso sind dann das Lehrpersonal und die JugendarbeiterInnen zu schulen, damit das neue Instrument in der Schule respektive in der Jugendarbeit thematisiert wird. So wird der Jugendvorstoss richtig verankert und kann zu einem Erfolgsgeschichte werden. Das heisst, der Jugendvorstoss muss beworben werden, nicht nur einmal, sondern laufend, über die Jahre hinweg!

Die Grünen danken dem Stadtrat für die erhellenden Ausführungen und werden die Motion für erheblich erklären. Stimmen auch Sie „Ja“.

*Thomas Wüthrich
Gemeinderat Grüne*

Cla Famos verliest das Referat des heute abwesenden Marco Järmann:

*Sehr geehrte Frau Präsidentin
Geschätzte Anwesende*

Ich bin sehr erfreut über den positiven Bericht und den Antrag des Stadtrates. Nachdem der Gemeinderat 2007 den Bericht und das Konzept Jugendpolitik zustimmend zur Kenntnis genommen hat, können wir nun endlich Nägel mit Köpfen machen. Mit dem neuen Instrument ist dieses Konzept nicht nur ein leeres Versprechen, sondern ein grosser und wichtiger Schritt zu dessen Umsetzung.

Neu hätten motivierte und engagierte Jugendliche die Möglichkeit mit etwas Einsatz ihre Anliegen und Projekte gewichtig einzubringen und persönlich angehört zu werden. Was jedoch nicht sein darf ist, dass ein „Jugendvorstoss“ prioritär gegenüber einem ordentlichen Antrag bzw. Geschäft behandelt wird.

Nach ausführlichen Diskussionen innerhalb der Fraktion konnten wir uns nicht auf eine gemeinsame Position einigen. Deshalb haben wir Stimmfreigabe beschlossen. Die Gegner dieser Vorlage sind der Meinung, dass mit dem Petitionsrecht die Jugendlichen bereits heute die Möglichkeit haben sich politisch einzubringen und dass dies völlig ausreiche. Zudem wird befürchtet, dass Jugendliche z.B. von ihren Eltern für deren Zwecke instrumentalisiert werden, was natürlich nicht das Ziel dieses demokratischen Instruments wäre.

Marco Järmann, Gemeinderat JFU

Ursula Räuftlin

*Sehr geehrte Frau Präsidentin,
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen
geschätzte Anwesende*

Wie an der letzten Sitzung bereits beim Holzwurmtraktandum erwähnt, werden meiner Meinung nach die Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt zu wenig in Entscheidungsprozesse einbezogen und können ihre Sicht in Planungsprozesse zu wenig einbringen. Es braucht aber eine Möglichkeit für Jugendliche und Kinder an politischen Prozessen, die ihre Lebenswelt betreffen, mit zu wirken. Die Mehrheit des Gemeinderates hat am 27. Mai 2013 ebenfalls diese Meinung vertreten und unsere Motion deutlich mit 22:12 Stimmen überwiesen.

Im „Bericht und Konzept Jugendpolitik“ wurde bereits 2007 festgestellt, dass die Mitsprache und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen in Uster unbefriedigend sind. Gute Ansätze bestanden damals erst in der offenen Jugendarbeit und in der Volksschule mit den Eltern- und Schülerräte. Hingegen gibt es für die politische Partizipation gegenwärtig noch keine Instrumente. Mit dem nun im Antrag des Stadtrates vorgeschlagenen „Jugendvorstoss“ würde den Jugendlichen die Partizipation in politischen Anliegen ermöglicht. Mit der Einführung dieses Jugendvorstosses erfüllen wir als Gemeinde auch den verfassungsmässigen Auftrag zur Unterstützung des

demokratischen Engagements. Die vom Stadtrat vorgeschlagene Form des Vorstosses sowie die Alterslimite und die Anzahl der Unterzeichnenden erscheinen uns sinnvoll.

Von der GLP-EVP-CVP-Fraktion haben drei Mitglieder diese Motion mitunterzeichnet. Unsere Fraktion wird deshalb auch die Motion als erheblich erklären und bittet alle Gemeinderäte, die Anliegen der Jugendlichen zu respektieren und die Motion als einen weiteren kleinen Schritt auf dem Weg zu einer kinder- und jugendfreundlicheren Stadt ebenfalls als erheblich zu erklären.

*Ursula Räuftlin
Gemeinderätin Grünliberale*

Anita Borer

Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren

Die Motion zur Einführung einer Jugendmotion wurde im vergangenen Jahr zwecks Berichterstattung an den Stadtrat überwiesen. Diesen Entscheid akzeptieren wir und werden deshalb diesmal die Motion als erheblich erklären.

Wie ich auch bei der Diskussion um Überweisung der Motion gesagt hatte, ist es mir ein Anliegen, dass sich Jugendliche politisch beteiligen. Die Frage ist aber, wie diese Beteiligung aussehen soll. Was macht Sinn? Wie kann man Junge tatsächlich politisch motivieren?

Aus meiner Sicht ist es sehr wichtig, dass Jugendlichen in der Schule in das politische System eingeführt werden und erfahren, was politische Beteiligung heisst. Die Jungparteien von Uster tragen ihren Teil dazu bei und veranstalten jedes Jahr den Tag „Schule im Stadthaus“. An dem Tag können die Jugendlichen einmal als Gemeinderäte agieren und junge Politiker kennenlernen. Junge müssen für die Politik motiviert werden. Auch ich wurde zum Einstieg in die Politik motiviert und trat deshalb einst der Jungen SVP bei. Dafür sind die politischen Vereine da – sie haben den Auftrag, auch in ihrem eigenen Interesse, Junge für die Politik zu animieren.

Aus eigenem Antrieb interessieren sich nur die wenigsten Jugendlichen für die Politik. Es ist ja irgendwie auch verständlich. Wer nebst der eigenen Ausbildung, der Berufsauswahl sowie einer allfälligen sportlichen Betätigung noch Politik machen kann und will, muss sehr interessiert sein. Ob dies mit dem Jugendvorstoss gelingt, ist aus meiner Sicht fraglich. Ist der Vorstoss tatsächlich ein Bedürfnis der Jugendlichen? Wird er nicht eher als Gelegenheit von Erwachsenen gebraucht, die Jungen für ihre Anliegen zu instrumentalisieren? Was geschieht, wenn viele Eingaben erfolgen, die aber nicht umsetzbar sind? Müssen dann all die Kinder und Jugendlichen, die eine Motion eingereicht haben, enttäuscht werden? Ist das dann nicht eine negative politische Erfahrung, die Jugendliche eher an der politischen Beteiligung hindert?

Das sind viele offene Fragen. Die Antworten werden wir erst erfahren.

Deshalb mein Aufruf: Fördern wir die politische Mitsprache der Kinder und Jugendlichen durch politische Diskussionen, die sie persönlich betreffen und binden diese in den Alltag ein. Sowohl die Lehrerschaft und politischen Parteien, als auch die Eltern, Verwandten und Bekannten sind dafür in die Pflicht zu nehmen.

Wir alle können uns persönlich das Ziel setzen, mehr für Jugendförderung und Meinungsbildung zu tun – auch ohne Jugendvorstoss.

Dem Vorstoss gibt die SVP-/EDU-Fraktion nun trotzdem eine Chance.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 29 : 3 Stimmen

Die Motion wird für erheblich erklärt.

5 Bericht und Antrag des Stadtrates zum Postulat 567 von Julia Amherd betreffend Anstellung pflegender Angehörige gegen Lohn

Die Postulantin Julia Amherd referiert.

Schön, dass nach einem Jahr Bearbeitungszeit der Bericht nun vorliegt.

Im vorliegenden Bericht werden die bestehenden Entlastungsangebote umfassend dargelegt, ebenso deren Optimierungsmöglichkeiten und es wird versucht aufzuzeigen, warum es schwierig ist, pflegende Angehörige bei der Stadt anzustellen.

Die Überprüfung der Anstellungsmöglichkeit wird dabei aus dem Blickwinkel „schwierig, schwer umsetzbar, andere wollen auch eher nicht“ gesehen.

Dem Anliegen könnte auch aus der Perspektive des „halbvollen Glases“ begegnet werden: Probieren wir etwas Neues, Innovatives, schliesslich schmücken wir uns mit dem Label „Gesundheitsstadt“! Es gibt Gemeinden in der Schweiz und vor allem in anderen Ländern Europas die Innovationen zeigen. Wir hingegen warten ab was der Bund dazu meint.

Für das städtische Budget ist es beruhigend zu lesen, dass der Durchschnitt der pflegenden Angehörigen bereits im Pensionsalter ist. Sie beziehen Rente und können in der freien Zeit sehr gut jemanden pflegen, so würde man meinen.

Eine nicht ganz richtige Interpretation - denn im Jahr 2012 wurde eine Umfrage bei verschiedenen Schweizer Betrieben durchgeführt (Swisscom, Bank Coop, Basler Kantonalbank, Stadt Winterthur etc.) welche ergab, dass 11 bis 24 % der befragten Mitarbeitenden zum Zeitpunkt der Umfrage Pflege- oder Betreuungsarbeit im Privaten leisten. Die Umfrage ergab, dass Frauen im Durchschnitt 30,3 Std und Männer 23,5 Std körperbezogene Pflege pro Woche leisteten. Zudem ist klar, dass mit zunehmender Lebenserwartung in der Schweiz davon auszugehen ist, dass in absehbarer Zeit eine Anpassung des Pensionsalters nach oben erfolgen wird. Aktuelle Studien zeigen zudem auf, dass vorhandene Entlastungsangebote den pflegenden Angehörigen sehr wohl bekannt sind, sie diese aber kaum nutzen. Warum nicht? Sie haben das Gefühl, dass ihre Angehörigen dort nicht ihren Bedürfnissen entsprechend gepflegt werden. Das heisst, dass auf kommunaler Ebene sehr gut überlegt werden muss, inwiefern es sich lohnt hier auszubauen.

Die Spitex ist gefordert wie noch nie: ambulant vor stationär weil günstiger, lautet das gängige Postulat. Dabei muss jede Spitex Leistung minutengenau erfasst werden damit sie von den Kassen bezahlt wird. Die Spitex Angestellten leisten wertvolle Arbeit die unsere Anerkennung verdient. Es ist aber ein offenes Geheimnis das sie die Anforderungen alleine nicht werden meistern können. Die Trennung von Pflege- und Betreuungsaufgaben für die Versicherungen hat zur Folge, dass ein gewichtiger Anteil der Pflege in Privathaushalten zu organisieren sein wird. Doch wer übernimmt diese Arbeit?

Die Gesellschaft hat sich verändert, Frauen stehen nicht mehr für diese Aufgaben zur Verfügung. Die Frage stellt sich deshalb je länger wir warten desto brennender: wer übernimmt diese Aufgaben und zu welchem Preis? Lassen wir Pendelmigrantinnen zu Dumpinglöhnen die Pflege unserer Eltern übernehmen? Reduzieren wir unser Anstellungsverhältnis und wenn ja, zu welchem Preis?

Eine Lösung ist noch nicht in Sicht. Die Diskussion in der Gesellschaft ist lanciert. Ein erster Schritt in eine richtige Richtung ist die Schaffung der Fachstelle Alter. Bleibt abzuwarten was sich daraus ergibt. Ich bleibe dran und Sie hoffentlich auch.

Einen Ergänzungsbericht fordere ich nicht.

Julia Amherd
SP-Gemeinderätin
19.1.14

Jürg Gösken

*Sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrte Anwesende,*

unsere Fraktion ist sehr zufrieden mit den Analysen, welche der vorliegende Bericht liefert. Zudem sind wir zuversichtlich, dass sich mit dem kürzlich verabschiedeten Alterskonzept und vor allem mit dessen schrittweisen Umsetzung auch noch einzelne Defizite beheben lassen, welche bei der Betreuung älterer Mitmenschen noch bestehen.

Der Umsetzung des Alterskonzepts soll denn auch nicht vorgegriffen werden und die Beantwortung des Postulats konnte offenbar parallel dazu erledigt werden.

Als Kritikpunkt sehen wir jedoch, dass die Antwort etwas einseitig zu älteren, bzw. pensionierten pflegenden wie zu pflegenden Personen ausfällt und aus den guten Analysen teilweise ungenügende Schlussfolgerungen gezogen werden:

Ein Durchschnittsalter von 66 Jahren bedeutet, dass gut die Hälfte der Pflegenden im Pensionsalter ist und daher in der Regel nicht Erwerbsausfall für die Pflegearbeit erleidet, sondern eher Pflegeentlastung im Zentrum stehen sollte.

Ein Durchschnittsalter von 66 Jahren bedeutet aber auch, dass knapp die Hälfte der pflegenden Angehörigen noch im Erwerbsalter ist, bzw. das Durchschnittsalter bei pflegenden Kindern eben zwischen 55 und 58 Jahren liegt.

Auf diesen Teil geht der Bericht eindeutig zu wenig ein und weder eine pauschale Entschädigung wie es Allschwil handhabt, noch eine Regelung wie sie Graubünden anstrebt, sprechen hier grundsätzlich gegen eine Regelung die Pflegearbeit zu entlohnen, bzw. einen sonstigen Erwerbsausfall teilweise zu kompensieren.

Die Pflege von Angehörigen sollte dort wo sie den zeitlichen und/oder inhaltlichen Rahmen der familiären oder partnerschaftlichen Unterstützung sprengt, tatsächlich als Arbeit anerkannt werden.

Dies bedeutet erstens, dass hier eine Entlohnung vorzusehen ist, welche wenigstens teilweise sonstige Erwerbseinbussen entschädigt, als auch tatsächlich günstiger kommen kann, als wenn diese Arbeit berechtigterweise durch externe Betreuung geleistet werden müsste.

Zweitens bedeutet die Anerkennung als Arbeit, aber vor allem auch, dass hier professionelle Standards gefördert werden sollen und die pflegenden Angehörigen nicht auf sich alleine gestellt sind, sondern ihre Arbeit gut und optimal zum Wohle der Gepflegten geleistet wird.

Der letzte Absatz auf Seite 3 des Berichts umschreibt im Grund recht gut, wie die Arbeit von pflegenden Angehörigen definiert werden kann: Die Pflege von Angehörigen würde bei der Anstellung durch die Spitex professionell geleitet und gefördert und könnte durchaus im Zweierteam von Angehörigen und Externen optimal abgestimmt erfolgen.

Dem Auftrag des Postulats, Möglichkeiten zur Entlohnung aufzuzeigen, kommt der Bericht unserer Meinung nach zu wenig konkret nach. Wir empfehlen jedoch Entlohnungsmodell – ob pauschal oder zum Beispiel als Spitex-Hilfskraft - synergetisch bei der Umsetzung des Alterskonzept zu berücksichtigen.

*Auf einen Zusatzbericht zum heutigen Zeitpunkt verzichten wir. Gleichzeitig erhoffen wir uns jedoch wie gesagt in naher Zukunft im Rahmen der Altersstrategie darauf zurückzukommen, bzw. würden gegebenenfalls auch einen verbindlicheren parlamentarischen Vorstoss initiieren oder unterstützen.
- Ich danke.*

Jürg Gösken

Cla Famos

Dieses Postulat wurde leider letztes Jahr vom GR 28:4 gegen die Stimmen der FDP angenommen. Es ist ja sicher immer wieder interessant, alle erdenklichen Dinge abzuklären. Und man gewinnt ja auch jedes Mal wieder neue Erkenntnisse. Trotzdem wäre dies hier nicht nötig gewesen. Aber das Gute: Nun kommt die Antwort des SR zu einem klaren, wenn auch für die Postulantin ziemlich ernüchternden, Schluss: Ausser Spesen nichts gewesen. Untauglicher Versuch. Falsch abgeklärt (Gossau hat gar keine pflegenden Angehörigen angestellt, sondern das war v.a. ein Zeitungshype aufgrund einer kreativen Idee der Präsidentin!), alle massgeblichen politischen Akteure und namentlich die Spitex selbst sind aus klar ersichtlichen fachlichen, politischen und juristischen Gründen dagegen!

In einem sensiblen Bereich wie der Pflege will die SP wieder einmal ihr altes Rezept – Ausbau des Staates – anwenden und nun sogar Familienangehörige bei der Übernahme ihre familiären Verpflichtungen zu Staatsangestellten machen! Was kommt wohl als nächstes? Werden wir vom Staat schon bald fürs Abstimmen bezahlt? Oder fürs Sportmachen? Oder fürs Kinderaufziehen unserer eigenen Kinder angestellt? Oder für den Besuch bei Verwandten, für die Hilfe für Freunde und Bekannte staatlich entschädigt? Wir können alle gespannt sein.

Eines ist klar. Es braucht mehr denn je Politikerinnen und Politiker, welche sich für ein Gesellschaftsmodell einsetzen, in dem nicht der Staatsangestellte im Mittelpunkt steht. Sondern die selbstverantwortlichen Bürgerinnen und Bürger, die im Sinne einer christlich-humanistischen Grundhaltung als Citoyens die Verantwortung für ihr Leben primär bei sich selbst sehen, sich gern und engagiert mit anderen Menschen vernetzen und nur in Notlagen mit der Solidarität der anderen bzw. des Staates rechnen.

Cla Famos

Uster, 17. Januar 2014.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 33 : 0 Stimmen

den Bericht und Antrag gutzuheissen. Das Postulat ist erledigt.

6 Bericht und Antrag des Stadtrates zum Postulat 573 von Jürg Gösken und Ursula Räuflin betreffend Unterhalt und öffentliche Nutzung von Spielplätzen

Für die Postulanten referiert **Jürg Gösken**.

*Sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrte Anwesende*

mit Bericht und Antrag zum Postulat bin ich sehr zufrieden, da er einerseits bereits in diesem Halbjahr erste Massnahmen zur Folge hat und zweitens aufzeigt, dass die Fragestellung wohl zum richtigen Zeitpunkt gekommen ist, um die in die Jahre gekommenen Zustandsanalysen und Bedarfsabklärungen zu aktualisieren.

Wir konnten unserer Zufriedenheit bereits im Dezember in einer Medienmitteilung Ausdruck verleihen, aber ich wiederhole es gerne hier nochmals als Kompliment an den Stadtrat, dass der Bericht eine gute Ausgangslage bringt und sinnvolle Massnahmen vorschlägt um die Situation zu verbessern. Der Postulatsauftrag ist also sehr gut erfüllt worden und das Postulat kann mit gutem Gewissen abgeschrieben werden.

Entsprechend dem Bericht bleibt aber Handlungsbedarf bestehen, welcher evtl. noch zusätzliche Unterstützung benötigt, dass sich die Situation nicht erst in zehn Jahren verbessert, sondern etwas mehr Priorität erhält.

Eine Kleinigkeit ist und sollte es sein, die Website zu den Spielplätzen von der Homepage Usters erreichen zu können. Bisher scheiterte man schon mit vernünftigen Suchbegriffen und man fand sie eigentlich nur, wenn man wusste, dass es sie gibt.

Wichtiger ist aber sowieso die Situation draussen auf den Spielplätzen. Und hier zeigt sich ein unterschiedliches Bild. Zum einen haben wir insgesamt recht gute Spielplätze auf grösseren Schulanlagen, zudem mit dem Holzwurm ein ganz besonders gutes Angebot. Zum andern gibt es aber auch einzelne schlechte Beispiele, welche vielleicht etwas mehr als nur regelmässigen Unterhalt und Reparatur benötigen. Zudem fehlen verschiedenen grösseren Quartieren öffentliche Spielplätze und Spielflächen gänzlich. Die letzte Bedarfsanalyse stammt denn auch von 1996, aber wir alle wissen um die rege Bautätigkeit der letzten und kommenden Jahre und seit 1996 ist Usters Bevölkerung um gut 25% gewachsen.

Darin sehen wir eine bewusste Aufgabe bei der Stadtentwicklung vorausschauend geeignete Standorte zu reservieren. Denn sowohl die Verdichtung bestehender Quartiere, als auch massive Erweiterungen an den Rändern führen dazu, dass bestehende Spielanlagen nicht mehr ausreichen und zuweilen gar reduziert werden, etwa wenn Pausenplätze und Spielwiesen mit Schulpavillons belegt werden, um die steigenden Schülerzahlen aufnehmen zu können. - Ich danke.

Jürg Gösken

Gusti Hofmann

*Frau Präsidentin
Geschätzte Anwesende*

Wir Grünen nehmen wohlwollend vom Bericht Kenntnis, sehen aber auch, dass noch Optimierungspotential vorhanden ist. Das drei Verwaltungsstellen zuständig sind macht es nicht einfach. Damit sich die Spielplätze alle auf einem ähnlichen Standard bewegen, auch bezüglich Unterhalt, wäre es ein Vorteil, wenn eine Verwaltungsstelle die Koordination übernehmen würde. So könnte man auch noch Synergien nutzen. Und somit können die vorhandenen Ressourcen noch optimaler eingesetzt werden.

Gusti Hofmann, Gemeinderat Grüne

Ruedi Locher verliest das Referat des heute abwesenden Marco Järmann.

*Sehr geehrte Frau Präsidentin
Geschätzte Anwesende*

Die FDP/JFU Fraktion unterstützt den Bericht und des Antrag des Stadtrates das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Im Bericht konnte gut aufgezeigt werden, wie viel Aufwand für den Unterhalt, die Instandsetzung und Erneuerung von Spielplätzen aufgewendet wird. Zudem sind Spielanlage im Rahmen von Quartier- und Gestaltungsplänen immer ein Thema und werden auch entsprechen umgesetzt. Dies zeigt, dass dieses Thema ernst genommen wird.

Selbstverständlich liegt es nicht nur an der öffentlichen Hand solche Spielplätze zu realisieren. Es steht auch Anwohnern frei Spielanlagen zu realisieren. Aber natürlich ist der Ruf nach dem Staat bzw. der Stadt einfacher.

Zuletzt darf nicht vergessen werden, dass bei der Realisierung und dem Betrieb mehrere Faktoren berücksichtigt werden müssen. Einerseits sind dies sicher die Kinder die ihrem Bewegungs- und Spieltrieb nachkommen wollen, auf der anderen Seite sind die Anwohner, die z.B. während der Mittagszeit ein Ruhebedürfnis haben.

Als Alternative zum Spielplatz gibt es z.B. auch noch den Wald. Als Kind hatte ich mindestens soviel Spass im Wald zu spielen wie auf dem Spielplatz.

*Marco Järmann, Gemeinderat JFU
Uster 18.01.2014*

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 33 : 0 Stimmen

den Bericht und Antrag gutzuheissen. Das Postulat ist erledigt.

7 Bericht und Antrag des Stadtrates zum Postulat 547 von Balthasar Thalmann, Jean-François Rossier, Cla Famos, Ursula Räuftlin und Markus Bürki betreffend Vorgehensplan für die Zentrumsentwicklung

Für die Postulanten referiert **Balthasar Thalmann**.

Die Vorsitzende informiert, dass Balthasar Thalmann um eine Redezeitverlängerung ersucht hat.

Begründung:

Das Postulat wurde von allen fünf Gemeinderatsfraktionen nach einer intensiven Vorbereitungsrunde eingereicht. Ebenso intensiv war auch die Nachbearbeitung. Wir haben einige Male miteinander korrespondiert und sind zusammengesessen, um die stadträtliche Antwort zu diskutieren. Die Erkenntnisse dieser für Uster zentralen Diskussion möchte ich ausführlich darlegen - sie ist doch ziemlich vielschichtig.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 33 : 0 Stimmen

der Redezeitverlängerung stattzugeben.

Balthasar Thalmann

Frau Präsidentin

Geschätzte Anwesende

Wenn's Wichtiges zu besprechen gibt und das dazu auch noch komplex ist, dann braucht eine Diskussion Zeit.

Bereits am 3. September 2012 haben wir das Postulat „Vorgehensplan für die Zentrumsentwicklung“ überwiesen. Es wurde von allen fünf Gemeinderatsfraktionen gemeinsam eingereicht und auch einstimmig überwiesen. Der Bericht und Antrag des Stadtrates liegt schon seit einiger Zeit vor. Zwischen den Postulanten und dem Stadtrat hat zwischenzeitlich auch noch ein Gespräch stattgefunden, weshalb sich die Behandlung der Postulatsantwort verzögert hat. Jetzt sind wir aber soweit. Für uns alle ist die Zentrumsentwicklung ein äusserst wichtiges Anliegen. Wir sind der Ansicht, dass das Modell der letzten Jahrzehnte, wie das Ustermer Zentrum entwickelt wurde, nicht zum gewünschten Erfolg geführt hat. Die Zentrumspolitik muss also neu definiert werden. Das möchten wir mit dem Postulat erreichen.

Eine Politik also, die Stadt- und Gemeinderat gemeinsam formulieren und letztlich die Basis für diverse Massnahmen ist. Im Postulat haben wir dies „Vorgehensplan“ genannt.

Bei der Überweisung des Postulats haben wir v.a. folgende Erwartungen an den Stadtrat formuliert:

- dass er sich Gedanken macht, was die öffentlichen Interessen sind, die im Zentrum zu sichern sind;*
- dass Rechts- und Planungssicherheit geschaffen wird;*

- dass er sich Gedanken macht, wie man die Bevölkerung über den Prozess informiert und einbezieht;
- und letztlich dass er sich Gedanken über eine Trägerschaft macht, und wie die Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer involviert werden können.

Der Stadtrat hat sich dieser Aufgabe angenommen und nun dem Gemeinderat Bericht erstattet. Es sind dies im Wesentlichen folgende Punkte:

1. Bezüglich den zu sichernden öffentlichen Interessen verweist der Stadtrat auf die Erkenntnisse der „Testplanung Zentrum Uster.
2. Der Stadtrat hat eine Steuergruppe Trägerschaft Zentrumsentwicklung eingesetzt, sie besteht aus drei Vertretern des Stadtrats, aus Vertretern der Verwaltung, dem Wirtschaftsförderer und dem Präsidenten des Wirtschaftsforums Uster. Diese Steuergruppe habe bereits einige Mal getagt und für die einzelnen Teilprojekte würden Objektblätter erstellt.
3. Der Stadtrat verfolgt eine aktive Informationspolitik auf verschiedenen Kanälen
4. Der Stadtrat ist der Meinung, dass der Gemeinderat mit dem Beschluss vom 5. Juni 2012, welcher auf der durchgeführten Testplanung basiert, die wichtigsten planungsrechtlichen Vorgaben gesetzt habe; einerseits mit dem Entscheid, das Kulturzentrum auf dem Zeughausareal zu bauen und andererseits die Planung in den einzelnen Entwicklungsgebieten voranzutreiben.
5. Bezüglich Finanzen für diese laufenden Prozesse verweist der Stadtrat auf die Globalbudgets und Investitionsplanungen.

Und nun, was halten die Gemeinderatsfraktionen von diesem Bericht?

Wir sind sehr erfreut, dass nun wirklich eine Dynamik in die ganze Zentrumsentwicklung gekommen ist. So schwierig ein träger Gaul zu ziehen ist, so schwierig ist aber auch, eine dynamische Entwicklung in einem solch komplexen Gebilde zu steuern. Wir als politische Verantwortungsträger stellen uns gerne dieser Aufgabe, weil – wie eingangs gesagt – uns die Zentrumsentwicklung am Herzen liegt. Und wir stellen auch den Anspruch, diese Entwicklung aktiv mitzusteuern.

Dies bedingt kurze Wege zwischen Stadtrat und Gemeinderat. Wir stellen möchten deshalb, dass die Fraktionen regelmässig über den Stand der Dinge informiert werden, so wie dies vor Kurzem geschehen ist.

Dennoch möchten wir vor allem zu drei Punkten näher eingehen: zur Trägerschaft, zur Mitwirkung sowie zur „Klammer übers Ganze“:

Zur Trägerschaft

Wie erwähnt besteht die heutige Trägerschaft Zentrumsentwicklung aus einer Steuergruppe mit 9 Mitgliedern. Dies ist eine sehr pragmatische Organisation und war sicher für die Anfangsphase auch richtig. Wir sind allerdings der Ansicht, dass diese längerfristig nicht ausreicht. Zum einen verstehen wir nicht, weshalb der Gewerbeverband darin nicht vertreten ist. Dem Gewerbeverband liegt die Zentrumsentwicklung auch am Herzen; ansonsten hätte er sich bei der Abstimmung über die Umsetzungsvorlage zur Volksinitiative „Für ein fussgängerfreundliches Zentrum“ nicht dermassen ins Zeug gelegt. Zum anderen fehlt für einen Teil von uns die Einbindung der Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer. Es genügt unseres Erachtens nicht, wenn diese mit dem Stadtrat nur dann diskutieren, wenn es um ihr eigenes Grundstück geht. Die Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer müssen Verantwortung auch fürs Ganze übernehmen und vor allem auch wissen, was die Meinung der öffentlichen Hand oder eben was die Zentrums politik ist. Zumindest in einer Art Echoraum sollten sie in der Organisation erscheinen.

Zum Dritten fehlt uns der kritische Blick von aussen: Wir müssen in Uster ja nicht alles neu erfinden; ähnliche Prozesse haben schon andere Städte durchgemacht oder sind daran. Mit kritischen Expertenstimmen von aussen können diese Erfahrungen nach Uster gebracht und verhindert werden, dass wir aus Betriebsblindheit plötzlich in die falsche oder zumindest nicht in die optimalste Richtung marschieren.

Bei der Testplanung Zentrum Uster hat der Stadtrat eine Organisation gewählt, die diese verschiedensten Sichtweisen an einen Tisch bzw. in einen Raum gebracht hat. Wieso soll nicht in einem ähnlichen Sinn und Geiste weitergearbeitet werden?

Zur Mitwirkung

Der Stadtrat präsentiert ein umfassendes Informationskonzept und hat mit den Newslettern, der Veranstaltung im September 2013 und der Ausstellung in der Akku-Kiste auch die ersten Tests bestanden.

Beim Bespielen aller Informationskanäle darf aber das Zuhören nicht vergessen werden. Diese Möglichkeit des Einbezugs fehlt im Bericht. Mitwirken, diskutieren, Ideen einbringen, Fragen stellen, Sorgen loswerden, für all dies muss Raum geschaffen werden. Wir sind der Ansicht, dass für die Bevölkerung, die Wirtschaft und Interessensvertretungen eine Diskussionsplattform geschaffen werden muss. Diese muss nicht immer das gleichen Format haben, sondern kann mal ein Blog sein, eine Grossgruppenveranstaltung, eine Führung, eine ausführliche Berichterstattung im AvU oder was auch immer. Es muss ein Dialog auf verschiedenen Ebenen entstehen.

Zur Klammer übers Ganze

Das Ustermer Zentrum ist heute ein städtebaulicher Krankheitsfall – es ist ein Flickwerk. Diese pathologische Erkenntnis muss uns als Verantwortungsträger anspornen, dieselben Fehler nicht nochmals zu wiederholen. Als Wiederholungsfall eines solchen Fehlers wäre, wenn einzelne Teilgebiete nur als solche angeschaut werden und der Blick aufs Ganze vergessen ginge. Soweit wir den Stadtrat verstanden haben, ist er der Ansicht, dass die Ergebnisse der Testplanung Zentrum Uster diese Klammer bereits liefere. Dies stimmt unseres Erachtens nur bedingt. Die Testplanung hat v.a. drei Sachen gezeigt: 1. Dass das neue Kulturzentrum auf dem Zeughausareal die beste Lösung ist, 2. dass im ganzen Zentrum ein riesiges Potenzial schlummert und 3. dass das Zentrum zu einem grossen Ganzen zusammenwachsen muss. Zu den ersten beiden Punkten läuft schon einiges. Was uns aber fehlt ist der dritte Punkt, eben die grosse Klammer übers Ganze. Die Ergebnisse der Testplanung müssen vertieft werden, und zwar nicht nur für die einzelnen Gebiete sondern generell. In der Abbildung, die uns der Stadtrat abgegeben hat, sind solche Ansätze erkennbar. Es hat aber noch zuwenig Fleisch am Knochen. Die öffentlichen Interessen gehen wohl weiter als im vorliegenden Bericht dargelegt. So fehlt uns z.B. eine Aussage, wie denn der öffentliche Raum mit den unmittelbar angrenzenden Gebäuden im Zentrum funktionieren soll bzw. welche städtebaulichen Prinzipien gelten sollen. Für jedes einzelne Areal dies mit den Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern auszuhandeln ist zwar eine Möglichkeit, ist aber aufwändig und garantiert nicht die nötige Konsistenz. Eine Patchwork privater Gestaltungspläne über dem Zentrum könnte sich langfristig als grosse Bürde erweisen, da die Planungshoheit im wichtigsten Gebiet der Stadt Uster zum grossen Teil von der öffentlichen Hand an die Privaten delegiert wird.

Konkretisierungen hätten die fünf Fraktionen weiter z.B. in der Ausgestaltung der Fussgängerachsen, in der Erdgeschossnutzungen, im Parkierungs- und Verkehrskonzept, betreffend der angestrebten Mischung von Wohnen und Arbeiten im Zentrum, hinsichtlich einer zentralen Energieversorgungszentrale oder weiteren städtebaulichen Fragen erwartet.

Hinzu kommt, dass arealspezifische Lösungen im Sinne eines Gestaltungsplans nur bei einzelnen Gebieten zum Tragen kommen. Diese erwähnten städtebaulichen Prinzipien sollten aber auch in normalen Bewilligungsverfahren gelten ohne dass jede Grundeigentümerin und jeder Grundeigentümer ausserhalb der speziell bezeichneten Areale in eine Planungsrunde geschickt wird. Diese Frage ist speziell im Gebiet nördlich der Gerichtsstrasse spannend. Die kleinräumige Struktur wird sich dort früher oder später ändern. Gleichzeitig ist dieses Gebiet das Bindeglied zwischen Bahnhof und den Nutzungen entlang der Zürichstrasse. Es muss also auch als Teil der Ustermer Zentrums verstanden werden. Umso mehr, als dort die wichtige Verbindung zwischen Bahnhof und Zeughausareal entstehen soll.

Wir sind uns bewusst, dass uns die ganze Geschichte auch was kostet. Weshalb sollen die für die aktive Begleitung dieses Prozesses nicht ein Rahmenkredit über eine Laufzeit von z.B. 5 Jahren beim Parlament geholt werden? Wäre das nicht ehrlicher, als die Aufwendungen irgendwo in der laufenden Rechnung oder in der Investitionsrechnung aufzuführen?

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass wir den Bericht des Stadtrates gut finden, aber noch einige Fragen zu klären sind. Auf einen Ergänzungsbericht können wir verzichten, wenn der Stadtrat weiterhin bereit ist, die Fraktionen regelmässig über den Stand der Dinge zu informieren und in wichtige Entscheidungen einzubeziehen. Wir erheben den Anspruch, auch lenkend eingreifen zu können. Zentrumsentwicklung ist eine der wichtigsten Fragen für Uster. Was wir heute entscheiden, sehen wir auch noch in 50 Jahren. Weitsicht ist daher gefragt.

Zum Schluss möchte ich mich bei meinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern für die Zusammenarbeit bestens bedanken.

*Besten Dank.
Balthasar Thalman*

Cla Famos

Es gibt in allen Dingen Zeitfenster, in denen man ein gewisses Momentum spürt: Für das Zentrum von Uster kann man heute von einem solchen Momentum sprechen. Nun ist es wichtig, dass dieser positive Schwung weiter geht.

Die Freisinnige Fraktion nimmt von der Postulatsantwort des Stadtrates zustimmend Kenntnis. Der eigentliche Sinn dieses Postulats war aus unserer Sicht, der Öffentlichkeit die gemeinsame Stossrichtung aller massgeblichen politischen Kräfte in dieser Sache aufzuzeigen. Dieses Ziel wurde erreicht.

Der Stadtrat legt einen knappen und klaren Bericht vor. Er verweist auf die vielen Vorarbeiten, die schon geleistet wurden, insbesondere in der Formulierung der Strategie „Zentrum Uster“, in der Bildung einer Trägerschaft, in der Informationspolitik und in der zielgerichteten Bearbeitung der Teilprojekte, die im Bericht aufgelistet sind.

Wir haben in der Diskussion darauf hingewiesen, dass auch der Gewerbeverband neben dem Wirtschaftsforum eingebunden werden sollte. Das ist mittlerweile geschehen, wie wir mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen.

Der Stadtrat zeigt in seinem Bericht auf, welche nächsten Schritte anstehen. Die Planung der einzelnen Teilprojekte ist komplex, aber sie kommt voran. Das sieht man schon, wenn man den vorliegenden Bericht, der genau vor einem Jahr erstellt wurde, mit dem heutigen Stand vergleicht – in der Gebietsentwicklung G2 Gerichtsplatz beispielsweise ist man schon einen rechten Schritt weiter gekommen.

Zusammengefasst unser Urteil: Die Richtung stimmt – weiter so. Oder um es mit einem Werbespruch aus längst vergangenen Zeiten zu sagen: Es gibt viel zu tun, packen wir's an.

Cla Famos

Uster, 4. Februar 2014.

Ursula Räuftlin

*Sehr geehrte Frau Präsidentin,
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen
geschätzte Anwesende*

Uns allen liegt unsere Stadt Uster sehr am Herzen. Damit die laufende Entwicklung des Zentrums nicht in Stocken gerät, sondern gezielt geplant und vorangetrieben werden kann, haben sich sämtliche Fraktionen des Gemeinderates zu einem gemeinsamen Vorstoss zusammengeschlossen.

Die Chance, die sich für den Standort Uster mit der Entwicklung des Zentrums bietet, muss wahrgenommen werden. Der Stadtrat wurde deshalb mit der Überweisung des Postulats aufgefordert, die nötigen Schritte für die Realisierung eines attraktiven Zentrums einzuleiten und die erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Uns liegt seit Februar 2013 eine damals noch etwas enttäuschende Antwort des Stadtrates vor. Einige Forderungen wurden zwischenzeitlich aber aufgenommen und auch bereits in die Tat umgesetzt. So wurden den interessierten Kreisen Newsletter zugestellt, eine Informationsplattform auf der Homepage der Stadt Uster geschaffen und aktuell wird die Entwicklung im Zentrum in drei Teilen in der Kunstkiste ausgestellt. Auch eine Steuergruppe wurde, wie gefordert, bestimmt. Diese ist allerdings, wie bereits im Votum von Balz erwähnt, aus unserer Sicht zu wenig breit abgestützt.

Unsere Fraktion hat dem Stadtrat bei der Überweisung des Postulats auch mit auf den Weg gegeben, dass für die weitere Entwicklung des Zentrums und vor allem für die Erarbeitung der privaten Gestaltungspläne die Eckwerte für die Erschliessung bekannt sein müssen. Ohne ein vernünftiges Verkehrskonzept, das die Parkierung und die Anordnung der Fussgängerverbindungen festlegt, kann kein einziger Privater Investor eine Planung angehen, die sich in den städtischen Kontext integriert und nicht sogar die gewünschte Entwicklung des Zentrums gefährdet. Zudem hatten wir gefordert, dass keine zu kleinen Teilgebiete für Gestaltungspläne verwendet werden. Die Planung soll sich auf einige wenige zeitlich gestaffelte Teilgebiete beschränken damit kein Flickenteppich sondern ein attraktives Zentrum entstehen kann. Gemäss der Auflistung der vielen Teilprojekte in der Postulatsantwort befürchten wir, dass kein städtebaulich ansprechendes Ganzes entstehen wird. Diese „Klammer über das Ganze“, wie es Balz genannt hat, fehlt uns in der stadträtlichen Antwort.

Vor längerer Zeit habe ich im Zusammenhang mit dem Gestaltungsplan Lenzlinger mal gesagt, dass unser Vertrauen in die in der Stadt Uster in Raumplanungsbelangen zuständigen Personen in Verwaltung und Exekutive verloren gegangen sei, denn wir erwarten, dass wir Gemeinderäte in einem frühen Planungsstadium einbezogen werden. Bis zu diesem Zeitpunkt stand und oftmals nur noch die Genehmigung oder die Ablehnung eines Gestaltungsplanes zu. In einer der letztjährigen KPB-Sitzung wurden wir über den Zwischenstand der Planung „Park am Aabach“ informiert. Und die Fraktionspräsidenten wurden vom Stadtpräsidenten über den Stand der Dinge im Zentrum informiert. Dafür möchte ich mich hier herzlich bedanken. Die Zusammenarbeit zwischen Stadtrat und Gemeinderat hat sich ist besser geworden. Und genauso stell ich mir vor, soll es auch bei der Zentrumsplanung weitergehen. Konkret gehören deshalb aus meiner Sicht auch Gemeinderatsmitglieder in die Steuergruppe.

Die GLP-EVP-CVP-Fraktion wartet gespannt auf die weiteren Planungsschritte im Zentrum und hält sich für eine konstruktive Zusammenarbeit bereit.

*Ursula Räuftlin
Gemeinderätin Grünliberale*

Patricio Frei

*Sehr geehrte Frau Präsidentin
Liebe Kolleginnen und Kollegen
Geschätzte Anwesende*

Kurz zusammengefasst: Das Postulat im Namen der fünf Fraktionen hätte ein Weckruf an den Stadtrat sein sollen. Man möchte nach der Testplanung wissen, wie es weitergeht.

Gemessen an der vorliegenden Antwort, muss man sagen, dass der Stadtrat den Wink mit dem Zaunpfahl nicht so ganz verstanden hat. Da wärmt der Stadtrat weitgehend Bekanntes neu auf. Und der vom Postulat angeregte Vorgehensplan ist als solcher zu wenig erkennbar.

Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort, dass er sich wünscht, „dass der Gemeinderat in diesem Planungsprozess ein verlässlicher Partner bleibt“. Wie er seinen Wunschpartner bei der Stange halten will, erklärt er aber nicht weiter. Nur so viel: Allein mit Informieren ist es nicht getan.

Auch für uns Grüne ist ein attraktives Zentrum ein grosses Anliegen. Denn ein attraktives Zentrum bedeuten kurze Wege und somit geringerer Ressourcenverschleiss. Deshalb ist die Zentrumsentwicklung zu wichtig, als dass wir diese einmalige Chance versieben können.

Der anstehende Prozess ist komplex. Es gilt, unterschiedliche Interessen unter einen Hut zu bringen und die diversen Akteure in eine gemeinsame Marschrichtung in Bewegung zu setzen. Dafür braucht es Umsicht, gegenseitiges Vertrauen und eine gewinnende Kommunikation.

Die Geschichte Usters wurde immer wieder geprägt von gescheiterten Projekten. Bei der Suche nach den Gründen muss man sich fragen, ob wichtige Akteure übergangen oder nicht angehört wurden. Oder ob die Kommunikation nicht über alle Zweifel erhaben war.

Wer dies als Drohung versteht, hat nicht richtig hingehört. Es soll viel mehr eine Einladung sein, Usters Geschichte neu zu schreiben. Damit wir Uster vorwärts bringen.

Wir Grünen wünschen uns, dass der Stadtrat allgemein – und bei der Zentrumsentwicklung ganz besonders – aktiver und unvoreingenommener den Dialog sucht. Auch gerade gegenüber dem Gemeinderat. Die erste Chance, dies zu ändern, hat er leider verpasst.

Oder nochmals kurz zusammengefasst: Das neue Zentrum kann der Stadtrat nicht alleine im kleinen Kämmerchen schaffen. Das neue Zentrum bauen wir zusammen.

*Patricio Frei
Fraktionspräsident Grüne*

Jean-François Rossier

*Sehr geehrte Frau Präsidentin
Geschätzte Anwesende*

Anlässlich von der eindrücklichen Präsentation vom Wirtschaftsforums vor einiger Zeit, ist sozusagen der Slogan, „mer s'ôt etwas bewegen, damit sich das Zentrum von Uster zur Zufriedenheit vieler entwickelt“ entstanden.

Balthasar Thalmann hat in seinem eingangs gehaltenen Referat zu vielen Punkten Stellung genommen.

Ich erlaube mir an dieser Stelle, zusätzlich einige Punkte von der SVP/EDU-Fraktion einzubringen:

- *Wir halten an dieser Stelle fest, dass wir mit der Antwort des Stadtrates zufrieden sind.*
- *Es ist begrüssenswert, dass eine Trägerschaft den Lead für die weitere Planung übernimmt. Sehen aber zurzeit keine Notwendigkeit für den Beibezug von zusätzlichen Drittextperten.*

Da sind wir der Ansicht, das liegt in der Verantwortung der verschiedenen Grundeigentümer, sind diese doch letztlich für die Planung wie auch die Finanzierung hauptverantwortlich.

- *Dass der SR die politische Meinung in die Trägerschaft einbringt ist begrüßenswert. Dass jedoch der Gemeinderat in die operative Tätigkeit miteinbezogen werden sollte, ist nicht Aufgabe dieses Rates. Da stehen wir kritisch gegenüber
Der SR soll der Trägerschaft und den Eigentümern beratend zur Seite stehen.*

Es war nicht alles schlecht, was in der Vergangenheit im Zentrum gemacht worden ist. Aus heutiger Sicht hätte man vermutlich einiges anders machen können. Aber auch diese Ansicht ist vermutlich nicht objektiv; je nach Blickwinkel.

In diesem Sinne unterstützen wir die weiteren Bestrebungen nach einem attraktiven Zentrum und unterstützen den Antrag des SR, vorliegendes Postulat als erledigt abzuschreiben.

*Jean-François Rossier
Gemeinderat SVP/EDU-Fraktion Uster*

Stadtrat Thomas Kübler ergreift das Wort. Er dankt den Anwesenden für die grossmehrheitlich positive Würdigung. Aufgrund der zeitlichen Distanz ist die Antwort jedoch in wesentlichen Punkten bereits wieder überholt. Die Vorstellungen innerhalb des Zentrums wurden vom Wirtschaftsforum vorgestellt, wo auch einige Ratsmitglieder anwesend waren. Ein grösseres Gremium als Steuergruppe kann er sich nicht vorstellen, das Vehikel würde viel zu träge. Mit dem Kanton ist man in Sachen UVP usw. am kämpfen. Es muss ein Weg gefunden werden, um gegenseitiges Vertrauen zu schaffen. Ohne private Grundeigentümer läuft aber gar nichts, dies muss allen klar sein. Gerade die Gerichtsstrasse / Bankstrasse ist ein wichtiges Gebiet, wo aber auch viele Grundeigentümer involviert sind. An die Adresse von Patricio Frei führt er aus, dass man – um gemeinsam zu marschieren – bereit sein muss, den Studienauftrag Zeughausareal zu akzeptieren. Die Grünen müssten den Tatbeweis erbringen, dass sie mitziehen. Solange sind sie kein Partner.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 32 : 0 Stimmen

den Bericht und Antrag gutzuheissen. Das Postulat ist erledigt.

8 Motion 590 von Marius Weder betreffend Die Eigentümerstrategie der Energie Uster AG ist dem Gemeinderat vorzulegen

Im Ausstand bei der Abstimmung befindet sich Bruno Modolo als CEO der Energie Uster AG.

Der Motionär referiert.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Anwesende

Die Energie Uster AG wurde im Juni 1999 von einer städtischen Verwaltungseinheit in eine Aktiengesellschaft ausgelagert. Die Zusammenarbeit zwischen der Energie Uster AG und der Stadt Uster wird in verschiedenen Papieren geregelt: Gemeindeordnung, Konzession und Statuten der AG. Die Aktien befinden sich zu 100% im Eigentum der Stadt. Die Aktionärsrechte werden durch den Stadtrat vertreten. Dazu hat er eine Eigentümerstrategie. Letzteres wird in Art. 5 Abs. 3 der Gemeindeordnung geregelt. Die Aufgaben und damit die Einflussmöglichkeiten des Gemeinderates erschöpfen sich gemäss klarem Wortlaut der Gemeindeordnung in der Kenntnisnahme des jährlichen Geschäftsberichts der AG. Alles, was darüber hinaus ginge, wäre lediglich politischer Goodwill des Stadtrats gegenüber dem Gemeinderat und damit letztlich der Öffentlichkeit.

Diese als lediglich marginal zu bezeichnende Einflussmöglichkeit des Gemeinderats hat sich im Verlaufe der Jahre als sehr problematisch erwiesen. Sie hat deshalb quer durch die meisten Fraktionen zu mehr oder weniger laut geäussertem Unmut ob dieses Demokratiedefizits geführt. Die Möglichkeit der demokratischen Mitsprache und Einflussnahme des Parlaments ist also seit der Auslagerung der Elektrizitätswerke in die Energie Uster AG massiv eingeschränkt und kann nur noch mittels Ausübung politischen Drucks auf die Exekutive zwecks Verfolgung einer optimierten Eigentümerstrategie erfolgen. So haben wir uns hier im Gemeinderat bekanntlich während vieler Jahre seitens der verantwortlichen Personen - selbstverständlich in salbungsvolle Worte verpackt - anhören müssen, wir hätten eigentlich im Endeffekt gar nichts zu sagen bzw. unsere Voten, in welche Richtung sich die Energie Uster AG entwickeln solle, sei für deren VR und Geschäftsleitung in keiner Weise bindend.

Klar ist, dass nicht sämtliche Entscheide auch von grösserer Tragweite, die auf Stufe Aktionariat zu fällen sind, dem Parlament vorgelegt werden können. Es wäre indessen dringend zu wünschen, dass das Parlament eben nicht nur anlässlich der jährlichen Kenntnisnahme des Geschäftsberichts der Energie Uster AG retrospektiv Kritik anbringen könnte, sondern dass die demokratische Mitwirkung des Gemeinderats auch proaktiv mittels Einflussnahme auf die vom Stadtrat zu verfassende Eigentümerstrategie erfolgen würde. Dies würde nicht zuletzt auch die politische Legitimation der Aktionärsentscheide des Stadtrats erhöhen. Die Motion beinhaltet im Endeffekt also nicht nur eine energie-, sondern auch eine starke demokratiepolitische Komponente.

Anzufügen ist, dass die Motion absichtlich offen formuliert worden ist, um nicht gegen allfällige formellen Punkte, insbesondere die Frage der Gewaltentrennung zwischen Legislative und Exekutive zu verstossen. So ist durch die Formulierung, dass Änderungen der Eigentümerstrategie dem Gemeinderat "allenfalls zur Kenntnisnahme" vorzulegen seien, bewusst ein Eventualantrag in die Motion aufgenommen worden, der lediglich eine formelle Stärkung der Rechte des Gemeinderats zur Folge hätte, indem die Eigentümerstrategie dem Jahresbericht in der Gemeindeordnung gleichgestellt würde. Der Hauptantrag zielt aber klar auf die Festschreibung einer effektiven Genehmigungspflicht bezüglich der Eigentümerstrategie in der Gemeindeordnung.

Selbstverständlich käme nur einer Pflicht zur Vorlage zur Genehmigung eine wirklich bindende Wirkung zu. Deshalb wäre eine Pflicht zur Genehmigung gegenüber lediglich einer Kenntnisnahme auf jeden Fall vorzuziehen.

Wem die demokratische Mitsprache des Parlaments in Energiefragen etwas bedeutet, wird somit kaum sachlich überzeugende Gründe dagegen vorbringen können.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und Unterstützung der Motion.

10. Februar 2014

Die Vorsitzende fragt den Stadtrat an, ob er bereit ist, die Motion entgegenzunehmen.

Stadtrat Werner Egli führt aus, dass der Stadtrat nicht bereit ist, die Motion entgegenzunehmen.

Die aktuell gültige Eigentümerstrategie vom 4. 11. 2009 wurde im Dezember 2009 vom Stadtrat verabschiedet und anschliessend dem Gemeinderat in der Aktenaufgabe zur Kenntnis gebracht.

- *SR ist zur Zeit daran, Strategie zu überarbeiten. Die überarbeitete Strategie wird dann wiederum dem Gemeinderat via Aktenaufgabe zur Kenntnis gebracht. In die Überarbeitung fliessen Anregungen und Kritiken, welche in den jüngsten Debatten über die Rechtsform der EnU AG sowie über die diversen parlamentarischen Vorstösse vorgebracht wurden, ein. Vor Kenntnis dieser überarbeiteten Strategie die doch aufwendige Anpassung der Gemeindeordnung zu verlangen, erscheint nicht zweckmässig.*
- *Das Parlament ist ein sehr wichtiges aber in diesem Fall nicht das richtige Gremium, um über die Eigentümerstrategie der EnU AG zu befinden. Die Eigentümerstrategie, welche in den groben Zügen eine gewisse Beständigkeit haben sollte, würde damit zu sehr zum Spielball der Politik. Mit jeder neuen Legislatur könnte sie fundamentale Änderungen erfahren. Vielmehr soll der Stadtrat, welcher gemäss aktueller Gemeindeordnung die Aktionärsrechte ausübt, Anliegen von politischen Mehrheiten und starken Minderheiten in seine strategischen Überlegungen einfliessen lassen, wie er dies in der Vergangenheit - zum Beispiel bei den Wahlen des VR - getan hat.*
- *Die Hauptmotivation des Motionärs scheint in der Angst, der SR könnte Aktien verkaufen, zu liegen. Diese Bedenken sind unbegründet. Siehe auch mein späteres Argumentarium zur anderen Motion Nr. 591.*

Cla Famos

Die Freisinnige Fraktion lehnt diese Motion ab.

Ich habe schon in der letzten Sitzung bei der Abnahme des Geschäftsberichts der Energie Uster AG kurz unsere Meinung zu diesem und auch zum nächsten Vorstoss dargelegt. Die Gemeindeordnung sieht in Art. 5 eine klare Regelung vor. Diese vor Jahren durch das Volk angenommene Regelung legt fest, dass sich der Gemeinderat nicht direkt in die Geschäfte der Energie Uster AG einmischt, sondern den Geschäftsbericht nur zur Kenntnis. Die Führung der Energie Uster AG ist bewusst als eine Aufgabe des Stadtrates definiert. Das ist richtig, weil dies eine kurzfristige Verpolitisierung der Energie Uster AG verhindert. Die Energie Uster AG soll nicht zum Spielball von Vorstössen von Gemeinderäten werden, sondern in Ruhe ihren Auftrag erfüllen können: Sicherstellen, dass in Uster die privaten Haushalte und die Firmen, also wir alle, verlässlich und effizient und soweit wirtschaftlich sinnvoll auch so ökologisch wie möglich mit der nötigen Energie in Form von Gas und Strom und mit Wasser versorgt werden.

Es ist nicht so, wie der Motionär meint, dass „quer durch die meisten Fraktionen es zu mehr oder weniger laut geäussertem Unmut ob dieses Demokratiedefizits“ gekommen ist. Wir sind im Gegenteil eigentlich seit 13 Jahren durchaus zufrieden mit dieser Regelung. Von einem Demokratiedefizit zu reden, nur weil der Stadtrat für etwas zuständig ist, ist ziemlich abwegig. Hat denn der Stadtrat etwa keine oder auch nur weniger demokratische Legitimation als wir Gemeinderäte? Sicher nicht.

Es gibt keinen Grund, etwas an der gut funktionierenden Regelung zu ändern, die durch das Volk genehmigt wurde, dem man nun wirklich kein Demokratiedefizit attestieren kann.

Die Motion ist abzulehnen.

Übrigens: Der Stadtrat hat in der Beantwortung einer Anfrage der Gemeinderäte Thomas Wüthrich und Lucia Thaler schon im Oktober 2013 die vorliegende Thematik umfassend beantwortet.

Cla Famos

Uster, 4. Februar 2014.

Thomas Wüthrich

*Sehr geehrte Frau Präsidentin
Geschätzte Anwesende*

„Der Stadtrat bemängelt das Vorgehen bei der Neuwahl in den Verwaltungsrat. Es ist nicht das neue Verwaltungsratsmitglied, das sein Missfallen erregt, sondern die Tatsache, dass kein Fachmann oder keine Fachfrau aus dem ökologischen Bereich vorgeschlagen wurden. Ausserdem missfällt es dem Stadtrat, dass der Verwaltungsrat der Energie Uster AG nach der Neuwahl wieder ein reines Männergremium ist. Er weist darauf hin, dass die Stadt als Aktionärin das Recht hat, den Verwaltungsrat, welcher auf drei Jahre gewählt wird, zu bestimmen.“ Soweit Antrag 322 des Stadtrates vom 18. August 2009.

*„Der Stadtrat hat anlässlich der Generalversammlung eine Änderung von Artikel 14 Abs. 1 der Statuten beantragt und Reto Dettli als neues und achttes Mitglied des Verwaltungsrates vorgeschlagen. Neben Reto Dettli wurden bei der Ersatzwahl der beiden zurücktretenden Verwaltungsräte die von der Energie Uster AG vorgeschlagenen Patrick Riederer und Herbert Wetzler in den Verwaltungsrat gewählt.“ Antrag 182 des Stadtrates vom 3. September 2013.
In 4 Jahren hat der Stadtrat als Vertreter von uns Eigentümern der Energie Uster doch schon Fortschritte gemacht. Wurden 2009 die neuen Verwaltungsräte – aus welchen Gründen auch immer – offensichtlich quasi vom Verwaltungsrat eingesetzt, nimmt die Stadt 2013 ihre Eigentümerrechte doch schon eher wahr, indem sie immerhin einen von drei neuen Verwaltungsräten unabhängig und selber bestimmt.*

Was jetzt genau die Eigentümerstrategie der Stadt Uster in Bezug auf die Besetzung des Verwaltungsrates ist, bleibt eher diffus. Das Aktienrecht hält in Art. 698 hingegen ganz klar fest, dass die Generalversammlung für die Wahl der Mitglieder des VR zuständig ist.

In der Antwort auf meine Anfrage 577 schreibt der Stadtrat: „Es entspricht nicht der Eigentümerstrategie des Stadtrates, Anteile des Aktienkapitals zu verkaufen.“ Im Übrigen weist er darauf hin, dass Veräusserungen von Beteiligungen ab 250'000 Franken dem Gemeinderat vorzulegen sind, ab 1 Mio. Franken dem Volk. Diese Aussage kann ebenso gut heissen, dass der Stadtrat das Aktienkapital in Tranchen von unter 250'000 Franken in eigener Regie verkaufen könnte, wenn er die Eigentümerstrategie in eigener Kompetenz ändern würde. Also auch hier bleibt die Eigentümerstrategie sehr diffus.

Dieses Beispiel zeigt aber vor allem, dass es von grösstem öffentlichen Interesse ist, welche Strategie der Stadtrat mit der Energie Uster verfolgt. Bislang machte der Stadtrat diese Eigentümerstrategie sicherlich nicht in proaktiver Weise einer kleineren oder grösseren Öffentlichkeit bekannt. Und darum ist es nur recht und billig, wenn jetzt der Gemeinderat diese Angelegenheit an die Hand nimmt. Die Grünen unterstützen diese Motion einstimmig.

Thomas Wüthrich, Gemeinderat Grüne

Marius Weder ergreift nochmals das Wort. Die Betrachtungen des Stadtrates überzeugen nicht. Eine sinngemässe Kenntnisnahme ist nur eine Eventualvariante. In der GO ist nur der Jahresbericht erwähnt und müsste deshalb ergänzt werden. Dass die Gefahr besteht, dass das Ganze zum Spielball der Politik würde, ist ein Scheinargument. Die Thematisierung der Eigentümerstrategie in einer öffentlichen Sitzung des Rates ist demokratisch eine einiges höhere Legitimation als in einer Stadtratssitzung.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 17 : 15 Stimmen

die Motion wird überwiesen.

9 Motion 591 von Marius Weder betreffend 100 % der Aktien der Energie Uster AG im Eigentum der Stadt Uster

Im Ausstand bei der Abstimmung befindet sich Bruno Modolo als CEO der Energie Uster AG.

Der Motionär referiert.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Anwesende

Als die Ustermer Energieversorgung 1999 aus der städtischen Verwaltung gegen den Widerstand der SP-Fraktion ausgelagert und in einer AG verselbständigt wurde, geschah dies in einem gesellschaftlich/politischen Umfeld neoliberalistisch-illusorischer Utopien, wonach sämtliche öffentlichen Werke und Betriebe einfach privatisiert und ggf. gar an den Meistbietenden verschachert werden müssten, worauf dann alle angebotenen Leistungen für die Bevölkerung automatisch besser und günstiger werden würden. Dass eine solch naive Marktgläubigkeit kaum je zu guten Resultaten führen kann, hat sich seither weltweit leider zigfach in der Praxis gezeigt. So weit ist es bei uns zum Glück bzw. dank der Weitsicht aller Beteiligten bislang nicht gekommen, handelt es sich bei der Energie Uster AG doch nur vom Rechtskleid her um einen Privatbetrieb, während sie in wirtschaftlicher Betrachtungsweise nach wie vor ein hundertprozentiger Staatsbetrieb ist, der zudem gemäss Statuten ausdrücklich nicht gewinnstrebend ist.

Die Gemeindeordnung schreibt seit erfolgter Auslagerung in Art. 5 Abs. 1 vor, dass der Stadt mindestens 51% der Aktien gehören. Somit könnte der Stadtrat innerhalb seiner finanziellen Kompetenzen ohne Mitbestimmung des Parlaments oder der Bevölkerung Aktien der Energie Uster AG praktisch jederzeit an Dritte veräussern. Im Rahmen der Diskussionen um Aufgaben und Organisationsform der Energie Uster AG anlässlich der Behandlung der diesbezüglichen Einzelinitiative von Thomas Eschler wurde von allen Fraktionen wie auch vom Stadtrat beteuert, dass die Aktien nicht an Dritte veräussert werden sollen. Diese Haltung soll nun mit einer entsprechenden Revision der Gemeindeordnung konsequenterweise festgehalten werden. So wird langfristig gewährleistet, dass die Energie Uster AG im alleinigen Eigentum der Ustermer Bevölkerung bleibt, und dass auf jeden Fall die demokratischen Mitwirkungsrechte von Parlament und Bevölkerung gewahrt werden, sollte jemals die Idee eines Verkaufs von Anteilen der Energie Uster AG aufkommen.

Grund für diese Haltung sind von unserer Seite als Fraktion her aber auch nicht bloss irgendwelche ideologischen Gesichtspunkte. Solche sind vorliegend irrelevant. Vielmehr geht es mit diesem Vorstoss letztlich ebenfalls neben energie- auch um demokratiepolitische Gesichtspunkte: Wer einen Minderheitsaktionär mit an Bord holt, hat als Mehrheitsaktionär dessen Rechte zu respektieren. Die Stadt Uster wäre in ihren Entscheiden also nicht mehr frei, allein der eigenen Bevölkerung gegenüber verpflichtet. Ob es sich bei einem solchen Minderheitsaktionär um eine

gewinnstrebende AG oder seinerseits um eine staatliche Gesellschaft oder Anstalt etwa eines oder mehrerer Kantone gemeinsam handelte, wäre unerheblich.

Dann sei auch noch auf Folgendes hinzuweisen: Das geltende Recht schliesst eine Fremdbeherrschung der Energie Uster AG nicht aus. So verlangt Art. 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung lediglich eine Beteiligung der Stadt Uster von 51% an der Energie Uster AG. Das Aktienrecht sieht aber bekanntlich die Möglichkeit der Schaffung von Stimmrechtsaktien vor, die dem betreffenden Aktionär die Mehrheit der Stimmen einräumen, ohne die Mehrheit der tatsächlichen Beteiligung zu haben. Zumindest rein theoretisch-rechtlich wäre die Entstehung einer Fremdbeherrschung der Energie Uster AG ohne irgend eine Änderung der Gemeindeordnung also ohne Weiteres möglich.

Für uns ist deshalb klar, dass auch inskünftig eine wirtschaftliche Privatisierung der Energie Uster AG zu unterbleiben hat und diese öffentliche Aufgabe weiterhin vollumfänglich durch die Stadt wahrgenommen werden muss. Die Ustermer Energieversorgung ist keine stille Reserve der Stadt und kein Tafelsilber, das notfalls verscherbelt werden kann, um Investitionen zu finanzieren. Die Aktien der Energie Uster AG haben zu 100% im Eigentum der Stadt zu bleiben, was in der Gemeindeordnung festzuhalten ist.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und Unterstützung der Motion.

10. Februar 2014

Die Vorsitzende fragt den Stadtrat an, ob er bereit ist, die Motion entgegenzunehmen.

Stadtrat Werner Egli führt aus, dass der Stadtrat nicht bereit ist, die Motion entgegenzunehmen.

Wie bereits in der Beantwortung der Anfrage 577 «Umwandlung der Energie Uster AG in eine Anstalt des öffentlichen Rechts» (Frage 3) vom 29. Oktober 2013 erwähnt, entspricht es nicht der Eigentümerstrategie des Stadtrats, Anteile des Aktienkapitals der Energie Uster AG zu verkaufen. Des Weiteren ist in der erwähnten Beantwortung festgehalten, dass gemäss Art. 12 lit. f und Art. 21 lit. f der Gemeindeordnung für die Veräusserung von Beteiligungen von mehr als 1 Mio. Franken bzw. 250'000 Franken das Stimmvolk beziehungsweise der Gemeinderat zuständig sind.

Dies hat zur Folge, dass der Stadtrat bereits heute - ohne Zustimmung des Gemeinderates bzw. der Stimmbevölkerung – keine wesentlichen Aktienanteile (nicht einmal geringe Anteile) an Dritte veräussern kann.

- *Gemäss aktuellem Konzessionsvertrag sind Aktien der Energie Uster AG faktisch nicht handelbar. Ein entschädigungsloser Heimfall sämtlicher Netze an die Stadt nach Ablauf der Konzession per 31.12.2024 entwertet die AG nämlich in hohem Masse. Die Netze stellen naheliegender Weise den Hauptwert des Unternehmens dar. Der allfällige neue Konzessionsvertrag, würde dannzumals wiederum dem Parlament vorgelegt werden.*
- *Die Entwicklung des Energiemarktes in den kommenden Jahren ist nur schwer vorauszusagen. Die EnU AG muss für die Finanzierung der bevorstehenden hohen Investitionen - darüber wurde bei der Vorstellung der überarbeiteten Unternehmensstrategie informiert - angemessene*

Gewinne erwirtschaften. Im Bereich Wasser und Strom ist dies bereits heute sehr schwierig. Im Gasbereich spitzt sich diese Möglichkeit mit der bevorstehenden Marktöffnung auch zu. Deshalb muss die EnU AG zu neuen Geschäftsfeldern erschliessen (was sie auch tut: Contracting, Wärmeverbände), zum anderen auch andere Expansionen oder Zusammenschlüsse prüfen. Es könnte dereinst durchaus denkbar sein, dass hierfür kleine Aktienpakete beispielsweise mit einem anderen Werk ausgetauscht werden. Wenn hierfür Revisionen der Gemeindeordnung notwendig wären, dann könnte dieser aufwendige Weg ein Hemmnis für solche Verhandlungen sein. Somit sollte diese Option nicht ohne Not erschwert oder gar verunmöglicht werden. Die Stadt Uster und indirekt auch die EnU AG würden damit einen wichtigen Handlungsspielraum fahrlässig aus der Hand geben.

Werner Egli, Stadtrat

Uster, 10. Februar 2014/we

Cla Famos

Die Freisinnige Fraktion lehnt auch diese Motion ab.

Die Regelung von Art. 5 der Gemeindeordnung ist auch in diesem Punkt durchdacht und sinnvoll. Eine Änderung drängt sich absolut nicht auf, es wäre wenig gewonnen, aber viel verloren.

Wieso steht die Regelung in der GO, dass die „Stadt Uster zu mindestens 51% an der AG beteiligt ist“? Man hat sich damals schon etwas überlegt dabei: Man wollte der Energie Uster AG angesichts der unabsehbaren Veränderungen im Energiebereich – Energiewende, Liberalisierung des Strommarktes usw. – die nötige Flexibilität geben, z.B. mit anderen Werken Kooperationen einzugehen und gegenseitige Beteiligungen zu halten. Man wollte aber dabei immer sicherstellen, dass die Stadt Uster die Kontrolle über die Energie Uster AG behält. Mit 51% des Aktienkapitals - zumal wenn es sich um Namensaktien handelt wie im vorliegenden Fall – kontrollieren sie eine AG.

Die Regelung stellt sicher, dass die Stadt Uster nie die Kontrolle über die Energie Uster AG verliert. Aber sie gibt gleichzeitig die grösstmögliche Flexibilität. Was sollte daran falsch sein?

Übrigens ist es auch hier wieder falsch, wenn der Motionär behauptet, dass die „demokratischen Mitwirkungsrechte“ bei einem allfälligen Verkauf von Aktien nicht gewahrt seien: Der Gemeinderat hätte bei einer Veräusserung von Beteiligungen über CHF 250'000 zu entscheiden (Art. 38 Abs. 1 lit.j).

Zusammengefasst: Es gibt kein Problem. Die heutige Lösung ist sinnvoll, durchdacht und demokratisch legitimiert. Lassen wir es so.

Auch diese Motion ist abzulehnen.

Cla Famos

Uster, 4. Februar 2014.

Thomas Wüthrich

*Sehr geehrte Frau Präsidentin
Geschätzte Anwesende*

Wir haben es vorhin schon angesprochen. Grundsätzlich könnte der Stadtrat schon heute Aktienkapital-Tranchen von bis zu 249'999 Franken in eigener Kompetenz veräussern. Bei Veräusserungen von Beteiligungen ab 250'000 Franken ist der Gemeinderat zuständig, bei solchen ab einer Million die Stimmberechtigten der Stadt Uster. Es ist also nicht so wie der Motionär es glauben machen will, dass in Bezug auf den Verkauf der Aktien gar keine Hürden bestehen würden.

Will man in dieser Angelegenheit jedoch jedwelche Unsicherheit aus dem Weg räumen, und das wollen wir Grünen, dann muss dieser Motion zugestimmt werden. Wir dürfen uns nicht nur auf die Lippenbekenntnisse der jetzigen Stadtregierung verlassen! Sondern hier müssen Nägel mit Köpfen gemacht werden. Die Aktien sollen vollumfänglich bei der Stadt Uster bleiben.

Sollte dann je der Wunsch nach einer Veräusserung von Aktien aufkommen, gäbe es gleich von Beginn weg eine öffentliche Diskussion darüber. Allfälligen Mauscheleien wäre damit der Boden von vornherein entzogen.

Gerade bei den zentralen Service Publics wie Wasser und Energie darf es nicht einem kleinen Kreis überlassen bleiben, die Geschicke darüber zu lenken. Je mehr Transparenz desto besser. Und dies entspricht ja auch dem stadträtlichen Ziel nach mehr Bürgernähe.

Deshalb empfehlen Ihnen die Grünen, diese Motion zu unterstützen.

Thomas Wüthrich, Gemeinderat Grüne

Wolfgang Harder ergreift das Wort. Er führt aus, dass die vorherige Motion angenommen wurde und damit hat der Rat Einfluss und kann mitreden. Aber die GO abzuändern wie hier angedacht wäre falsch, denn bei jeder kleinen Änderung müsste das Volk befragt werden und dieses beübt werden. Wir wissen nicht, was nach den Wahlen ist. Ich nehme die Motion auf jeden Fall nicht an.

Marius Weder führt aus, dass er den Ausführungen des Stadtrates im Wesentlichen zustimmen kann. Aber die Veräusserung von Aktien muss stark erschwert werden und darf nur ausnahmsweise stattfinden. Ausserdem muss sie durch den Rat und das Volk erlaubt werden. Die Langsamkeit des politischen Systems wäre eine absolute Notwendigkeit in dieser Sache. Eine Fusion u.ä. muss nicht schnell über die Bühne gehen.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 11 : 16 Stimmen

die Motion abzulehnen.

**10 Motion 592 von Cla Famos und Hans Keel betreffend sinnvolle
Parkierungsordnung für Uster**

Das Traktandum wird aufgrund der fortgeschrittenen Zeit auf die nächste Sitzung verschoben.

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 17. März 2014 statt.

Schluss der Sitzung 21.00 Uhr

Für das Protokoll Die Parlamentssekretärin
Catherine Wenzel

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

Datum Die Präsidentin
Gabriela Seiler

Datum Die Stimmzähler

Marianne Siegrist

Claudia Wyssen

Bruno Modolo